

Aktionskomitee zur Bekämpfung des Raumplanungsgesetzes

3001 Bern, Postfach 2721 · Telefon 031/25 77 85 · Postcheck 30-3818

Sehr geehrte Damen und Herren,

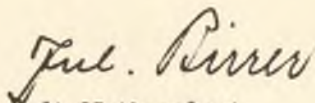
am 13. Juni stimmen wir über das Bundes-Raumplanungsgesetz ab. Der Bund soll gemäss Verfassung einzig "Grundsätze" über die kantonale Raumplanung aufstellen. Aber die Gesetzesproduzenten haben es fertig gebracht, im Raumplanungsgesetz die "Grundsätze" in eigentumsfeindliche und dirigistische Vorschriften umzubiegen. Wir verweisen auf die beiliegende Information. Das Gesetz würde die von der politischen Linken beabsichtigte Aushöhlung des Eigentums fördern.

Ferner bedingt das Gesetz einen neuen bürokratischen Apparat und weiteren Staatsaufwand. Die Kosten würden jährlich in die hunderte von Millionen gehen, die der Steuerzahler aufbringen müsste.

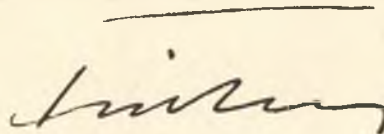
In der Abstimmung vom 13. Juni ist das masslose Raumplanungsgesetz zur Verwerfung zu bringen. Unser Komitee will einen energischen Kampf gegen das Gesetz führen. Dafür ist es jedoch auf die Mithilfe weiterer Kreise angewiesen. Dürfen wir Sie anfragen, ob Sie uns Ihre Unterstützung leihen würden. Es steht soviel auf dem Spiel, dass sich ein rechter Beitrag lohnt.

Mit bestem Dank für Ihr Verständnis und mit freundlichen Grüssen

Für das Komitee:



alt Nationalrat
Julius Birrer
Willisau



Nationalrat
Dr. Otto Fischer
Bern

Einzahlungsschein liegt bei

Bestellung: Schicken Sie mir kostenlos

- beiliegende gedruckte Information Exemplare
- ausführliche Dokumentation Exemplare

Name, Adresse:

An das Aktionskomitee zur Bekämpfung des Raumplanungsgesetzes,
Postfach 2721, 3001 Bern

Massloses Raumplanungsgesetz

NEIN

Wir haben schon Planungsgesetze

Nämlich in den Kantonen. Der Bund sollte nach Verfassung nur eine genügende Planung in den Kantonen gewährleisten.

Am 13. Juni stimmen wir aber über ein Bundesplanungsgesetz ab, das den Planungsehrgeiz und Planungsdirigismus auf die Spitze treibt.

4/5 der Baulandreserven dahin!

Das ist die Absicht der Planer, dass auf vier Fünfteln der heutigen Baulandreserven nicht mehr gebaut werden könnte. Eine unerhörte Beschneidung des Siedlungsgebietes! Dafür soll die Bevölkerung zum grossen Teil in Städten zusammengepresst werden.

Gesetz treibt Baulandpreise hinauf

Die Verknappung der Baulandreserven und die Mehrwertabschöpfung von 75 Prozent treiben im verbleibenden Miniatur-Baugebiet die Bodenpreise unrettbar hinauf. Andererseits werden Landgebiete radikal entwertet.

Siedlungsdirigismus

Baubewilligungen würden nach Gesetz nur für Land erteilt, dessen Erschliessung die Behörden bewilligen. Es könnte überhaupt nur gebaut werden, wann und wo es den Planern passt.

In einem weiteren Gesetz würde verfügt, wieviel Leute wo wohnen sollen. Und bis zum Erlass dieses Gesetzes würde der Bundesrat über unsere Köpfe hinweg «Leitlinien» erlassen.

Vom Irrtum zur Verstaatlichung

Die Prognose der Planer, die Bevölkerung werde auf 10 Millionen steigen, war falsch. Seinerzeit sahen die Ämter nie genug Neubauten, jetzt wollen sie den Hahnen auf die andere Seite überdrehen. Sie fallen vom einen Irrtum in den andern.

Das Gesetz bedeutet Herrschaft der Bürokratie und entrechtet den Einzelnen. Das Eigentum wird ausgehöhlt, was die Vorstufe der Verstaatlichung ist.

Wer schützt die Landschaft?

Die meisten grossen Betonüberbauungen waren Werke der Planung, von den Planern gewollt und mit ihrem Segen errichtet! Wir brauchen einen echten Landschaftsschutz, nicht Planungs beton. Das Gesetz, über das wir abstimmen, ist keine Garantie für Landschaftsschutz. In den konzentrierten Siedlungen, welche die Planer wollen, wird die Luft nicht sauberer.

Steuerzahler muss zur Kasse

Hunderte von Millionen Franken würde das Gesetz jährlich kosten — der Steuerzahler würde zur Kasse gebeten.

Zuerst Nein, dann massvolle Regelung

Der Verwerfung des Gesetzes folgt ein Überbrückungserlass und dann ein Gesetz, das sich auf massvolle Grundsätze beschränkt.

Schweizerisches Aktionskomitee zur Bekämpfung des Raumplanungsgesetzes
3001 Bern, Postfach 2721

Jul. Birrer

alt Nationalrat
Julius Birrer, Willisau

Dr. Otto Fischer

Nationalrat
Dr. Otto Fischer, Bern

(Vor der Einzahlung abzutrennen)

Empfangsschein
Récépissé
Ricevuta

Bitte aufbewahren
A conserver s. v. p.
Da conservare p. f.

Fr. [] c. []

einbezahlt von / versés par / versati da

Einzahlungsschein
Bulletin de versement
Polizza di versamento

Fr. [] c. []

für / pour / per

Schweizerisches Aktionskomitee zur Bekämpfung des Raumplanungsgesetzes

in / à / a **Bern**

Postcheckrechnung
Compte chèques
Conto-chèques postali

30 - 3818

Postcheckamt
Office de chèques postaux
Ufficio degli chèques postali

Bern

Dienstvermerke
Indications de service
Indicazioni di servizio

Aufgabe / Emission / Emissione

auf Konto
au compte
al conto

30 - 3818

Schweizerisches Aktionskomitee zur Bekämpfung des Raumplanungsgesetzes
Bern

Für die Poststelle:
Pour l'office de poste:
Per l'ufficio postale:

N°

Abschnitt
Coupon
Cedola

Fr. [] c. []

einbezahlt von / versés par / versati da

Giro aus Konto
Virement du c. ch.
Girata dal conto N°

Azienda delle PTT

Entreprisa des PTT

auf Konto
au compte
al conto **30 - 3818**

Schweizerisches Aktionskomitee zur Bekämpfung des Raumplanungsgesetzes
Bern